

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: - (1987)
Heft: 2: Im Jahr 2 nach Tschernobyl

Artikel: "Es braucht ein Hängen und Würgen" : Interview
Autor: Biedermann, Roger / Flüeler, Thomas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586279>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

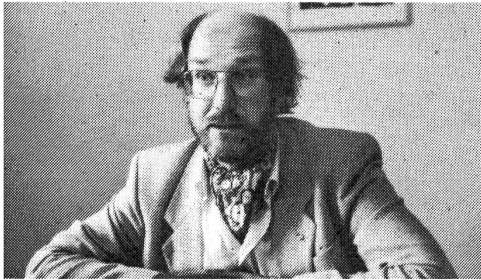
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Interview



«Es braucht ein Hängen und Würgen»

Als Kantonschemiker und Koordinierter-AC-Schutzdienst-Chef des Kantons Schaffhausen war Roger Biedermann sozusagen an vorderster «Front», als die Tschernobyl-Wolke über die Schweiz hinwegzog. Wirklich lernen würde man nach ihm aus der Katastrophe nur, wenn man aus der Atomenergie ausstiege (so hat er massgeblich an der Ausstiegsinitiative mitgewirkt) und wenn man die Diskussion um Strahlen- und Katastrophenschutz so öffnen würde wie beim Umweltschutzgesetz. Thomas Flüeler hat mit ihm gesprochen.

E+U: Herr Biedermann, wie haben die schweizerischen Behörden auf die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl reagiert?

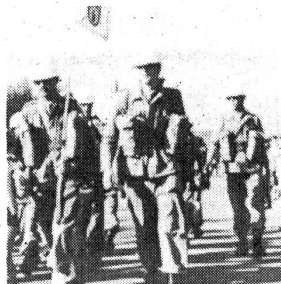
Roger Biedermann: Hilflös. Aber sie haben sich Mühe gegeben. Wie man so schön sagt: «hat und gibt sich Mühe». Alle waren anfänglich überfordert. Man musste erst die zuständigen Gremien zusammenrufen (wir haben ein Milizsystem). Bis die Zusammenarbeit endlich funktionierte, verging etwa eine Woche. Überdies ist das zentralistische System nicht gut. Man hätte den Kantonen einen viel grösseren Spielraum zumessen sollen – sie sind ja eher am Puls der Bevölkerung.



E+U: Wo haperte es am meisten?

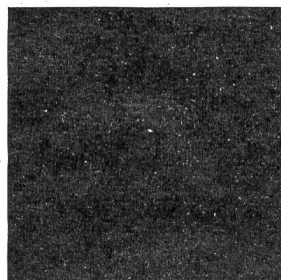
R.B.: Bei der Information generell. Dazu kam die Kontroverse um die Strahlenwerte, die man zulassen durfte oder nicht, die Deutschland-Schweiz-Kontroverse. Des weitem schliesst die Rechtsgrundlage – die Strahlenschutzverordnung – «Ereignisse» wie das von Tschernobyl gar nicht ein. Sie ist revisionsbedürftig. Das Dosis-Massnahmen-Konzept (siehe Seite 10 oben) war den zuständigen Stellen wohl bekannt, aber der Bundesrat hätte am zweiten oder dritten Tag festschreiben müssen: «Wir muten der Schweizer Bevölkerung durch dieses «Ereignis» total 500 Millirem (mrem) pro Person – oder so –

zu. (In der BRD waren es 100.) Nach der Statistik führen 500 mrem nämlich in der Schweiz zu zusätzlichen 300 Krebstoten.» Das wäre transparent gewesen. Hier haben aber die Politiker versagt und die ganze Verantwortung der Kommission für AC-Schutz (KAC) aufgebürdet.



E+U: Was machten Sie in dieser Situation, im Kanton, an der Front gewissermassen?

R.B.: Auf uns kamen unendlich viele Fragen zu. Weil die Information so schlecht war, mussten wir diese ergänzen. Glücklicherweise kam die Messorganisation relativ schnell zum Tragen.



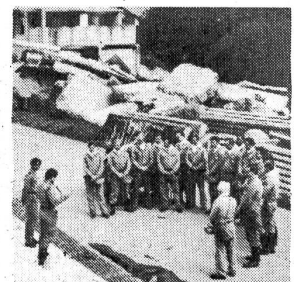
E+U: Was halten Sie vom Schweizer Dosis-

Massnahmen-Konzept, das jeder Person eine Gesamtstrahlendosis pro Jahr zumutet? (Praktisch alle anderen Länder haben ja Strahlungsgrenzwerte für einzelne Lebensmittel.)

R.B.: Grundsätzlich ist es in Ordnung. Es sollte aber auf eine rechtlich stabile Basis gestellt werden. Bei (weit entfernten) «Tschernobyl»-Ereignissen muss die zulässige Grenze unbedingt schärfer sein als die 500 mrem, weil man der Bevölkerung im tiefsten Frieden ziemlich viel Einschränkung zumuten darf. Wenn aber das AKW Fessenheim im Elsass in die Luft geht, sind 500 mrem sogar zuwenig. Im Kriegsfall müssten es noch mehr sein. – Man muss die Rechnungen transparent machen und politisch ausdiskutieren. Das Massnahmen-Konzept müsste mehrstufig sein. Für jede Stufe bräuchte es entsprechende Grenzwerte für die Lebensmittel, damit man praktisch arbeiten kann.

E+U: Wie steht es mit den sogenannten Risikogruppen wie Kleinkindern, schwangeren Frauen, alten Leuten?

R.B.: Hier muss man so oder so differenziert vorgehen – wie in der Lebensmittelkontrolle bezüglich chemischer Belastung.

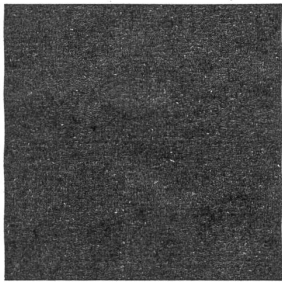


E+U: Heisst das, man ist, was chemische Katastrophen angeht, zumindest rechtlich besser geschützt?

R.B.: Ja, das Lebensmittel- und das Umweltschutzgesetz haben da scharfe Zähne.

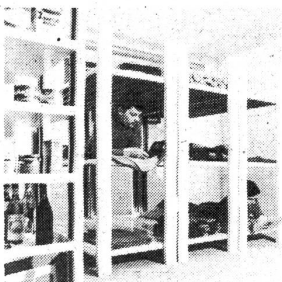
E+U Was muss man jetzt aus Tschernobyl lernen?

R.B. Die Organisation muss verbessert werden. Dazu gehört eine gute Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen. Der Bund gibt die Normen vor und koordiniert – gleich wie in der übrigen Gesetzgebung –, aber der Vollzug soll bei den Kantonen liegen, weil bei ihnen die Türen eingerannt werden.



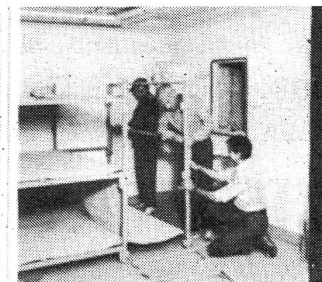
E+U Wie wäre man heute gewappnet, wenn ein AKW in der Schweiz – oder in unserer Nähe – in die Luft ginge?

R.B. Man müsste voll improvisieren. Eine Lösung haben wir dafür nicht in der Schublade. Bei einem Super-GAU in Leibstadt wären wir komplett überfordert.



E+U Rechnet man gar nicht damit?

R.B. Eigentlich nicht. Erstens ist der AC-Schutzdienst ein Milizsystem – da ist man so nebenbei tätig. Zweitens ist er stark auf den Krieg ausgerichtet. Man soll den Frieden üben. An der letzten AC-Tagung, ein Jahr vor Tschernobyl, sagte der AC-Chef von St. Gallen, man solle aufhören, dauernd die Atombombenabwürfe über der Schweiz zu üben. Man solle endlich «realistisch» Chemie-Katastrophen miteinbeziehen. Prophetisch! Eine andere Prioritätensetzung ist notwendig. So wird im Zivilschutz tonnenweise Beton verbunkert, aber unser AC-Schutz-Labor haben wir noch nicht.



E+U Der Zivilschutz ist auch nur «zweite Staffel», wie es offiziell heisst.

R.B. Auf wen ich mich heute verlassen kann, frage ich mich. Analytisch auf meine Mannschaft (15 Leute) und die etwa zehn AC-Spezialisten, die ich übers Militär aufbieten kann. Ebenso auf die Polizei und die Feuerwehr (die ist für mich am wichtigsten). Aus dem Zivilschutz könnte man – als Idee – zusätzlich eine Friedensstaffel heranholen, die professionell funktioniert.

E+U Führt das nicht zu einer Militarisierung der Gesellschaft?

R.B. Ja, aber es ist immer noch klüger, als die Armee aufzubieten. Die Zivilschutz-Staffel wäre eigentlich eine verstärkte Feuerwehr. Eine Art Katastrophenschutz-Reserve. Weshalb nicht als Alternative zum Militärdienst?



E+U Sind wir nun, ein Jahr nach Tschernobyl, besser geschützt oder nicht?

R.B. Es ist alles im Umbruch. So schnell schießt man bei uns eben nicht. Es sind auch politische Entscheide zu fällen: Wie setzt man die Prioritäten? Will man zen-

trale oder dezentrale Strukturen? Macht man ein Stufenkonzept? Welche Grenzwerte will man den Leuten zumuten? Die Wissenschaftler sind sich nicht einig. Beim Strahlenschutz braucht es im Prinzip eine ähnliche Anstrengung wie beim Umweltschutzgesetz. Mit dem gleichen Hängen und Würgen. Eine politische Auseinandersetzung.



E+U Was halten Sie von den Alarmzonen um die schweizerischen AKWs?

R.B. Sie sind absolut willkürlich gezogen. Man muss sie viel AKW-spezifischer ausgestalten. Mühleberg ist – offiziell! – 100-mal weniger sicher als Leibstadt, also muss man dort grössere Sicherheitsmassnahmen treffen. Man müsste viel umfangreichere Umweltverträglichkeitsprüfungen mit der Meteorologie beispielsweise durchführen. Dazu kommt, dass die AKW-Betreiber die Informationen unverzüglich weitergeben müssen. Aber man konnte ja sehen, wie die das in Mühleberg handhabten.

E+U Was ist Ihre Quintessenz?

R.B. Im Sinne der Ursachenbekämpfung muss man danach trachten, dass die schädlichen Stoffe gar nicht erst entstehen. Das heisst hier, mittelfristig von der Atomenergie wegzukommen. Je früher wir damit aufhören, je kleiner wird das Risiko und um so weniger «strahlende» Abfälle müssen wir später «entsorgen».

Erweiterter Abdruck aus den «Luzerner Neuesten Nachrichten» vom 22.4.1987

Bilder aus der Zeitschrift «Zivilschutz» 1986–87